

Jusos Nordost (Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee)



Berlin, den 21.06.2012

Liebe Genossinnen und Genossen

wir als Jusos Nordost wenden uns heute an Euch, weil wir davon ausgehen müssen, dass die SPD-Bundestagsfraktion - abgespeist mit einem faulen Kompromiss - dem Fiskalpakt zustimmen wird.

Der Fiskalpakt tritt die ökonomische Vernunft mit Füßen, würde die Eurokrise weiter eskalieren lassen und stellt überdies einen Generalangriff auf Arbeiternehmer_innen, Rentner_innen und Arbeitslose dar. Wir fordern daher die Berliner Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen und möchten Euch unsere Argumentation kurz darlegen.

Der „Vertrag über Steuerung von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone“ sieht vor, dass das strukturelle Haushaltsdefizit – um konjunkturelle Einflüsse bereinigt – künftig nicht 0,5 Prozent des nationalen Sozialproduktes überschreiten darf. Staaten mit einer Schuldenquote von über 60 Prozent müssen jährlich fünf Prozent ihrer übermäßigen Verschuldung abbauen. Die neuen Schuldenregeln sollen in den nationalen Verfassungen verankert werden und können von keiner künftigen Parlamentsmehrheit aufgekündigt werden. Der Fiskalpakt macht also den Parlamenten in den europäischen Unterzeichnerstaaten ihr „Königsrecht“, das Etatrecht streitig.

Dies ist für uns aus sozialdemokratischer Perspektive äußerst bedenklich. Denn die einseitige Fokussierung auf Haushaltskonsolidierung und „Sparen“ ist ökonomisch der falsche Weg. Vielmehr muss die Politik Wachstumsanreize schaffen und Beschäftigung fördern, um aus der Krise zu kommen. Haushaltspolitik in Krisenzeiten darf sich nicht an dem Bild der „schwäbischen Hausfrau“ orientieren.

Der Fiskalpakt macht eine wirksame Bekämpfung künftiger Krisen, z. B. durch notwendige Infrastrukturmaßnahmen (KiTas, Unis usw.) unmöglich. Langfristig stranguliert der Fiskalpakt somit Wirtschaft und Sozialstaat. Mit jeder weiteren Krise wird der Sozialstaat dann weiter abgebaut und werden die Gewerkschaften weiter zurückgedrängt.

Von Bedeutung ist hier, dass es sich bei der gegenwärtigen Krise nicht ausschließlich um eine Schuldenkrise handelt, sondern in erster Linie um die Folgen der Krise an den Finanzmärkten sowie der Durchsetzung neoliberaler Dogmen - maßgeblich gefördert durch deutsche Wirtschaftspolitik. In atemberaubender Weise ist es gelungen, Ursache und Wirkung der

krishenften Zuspitzung im Euroraum zu verdrehen und steigende Haushaltsdefizite nicht als deren Konsequenz zu begreifen, sondern zum Grundübel zu verklären. Der Fiskalpakt ist die Vollendung des neoliberalen Projekts in Europa. Aus ökonomischen und demokratietheoretischen Gründen muss die Sozialdemokratie den Fiskalpakt ablehnen!

Gerade seit der Wahl François Hollandes zum französischen Staatspräsidenten ist es nun nicht mehr nur inhaltlich notwendig, sondern auch politisch und strategisch möglich, dem deflationären Austeritätskurs ein progressives Konzept entgegenzusetzen. Wie die Sozialdemokratie unter der Knute eines Fiskalpakts künftig noch glaubhaft für wirtschaftspolitische Steuerung und soziale Gerechtigkeit, kurzum eine Alternative zum Neoliberalismus eintreten will, ist unklar.

An dem Abstimmungsverhalten der SPD-Bundestagsabgeordneten wird sich die Glaubwürdigkeit der SPD als soziale Partei festmachen – auch bei der Bundestagswahl 2013 und auch für uns Jusos als Wahlkämpfer_innen.

Die Verhandlungen mit der Bundesregierung haben gezeigt, dass eine grundsätzliche ökonomische Kritik am Fiskalpakt nicht stattfindet. Er soll lediglich mit (durchaus sinnvollen Mitteln, wie der Finanztransaktionssteuer) aufgehübscht werden. Ziel sozialdemokratischen Wirkens kann es jedoch nicht sein, sich lediglich auf einen Formelkompromiss zu verständigen und dabei den unsinnigen Kern des Fiskalpakts unangetastet zu lassen. Bereits 1997 gelang es, durch die Erweiterung des ursprünglich geplanten „Stabilitätspaktes“ zu einem „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, Gegner_innen einzubinden ohne das zugrunde liegende neoliberale Paradigma infrage zu stellen. Unter wachstumsstimulierenden Maßnahmen verstehen Neoliberale etwas anderes als Progressive; die vergangenen Jahre bestätigen die damaligen Befürchtungen der progressiven Kräfte.

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, ist die hinter dem Fiskalpakt stehende Ideologie allerdings unter keinen Umständen zustimmungswürdig! Der Beschluss des Parteikonvents ändert an der grundlegenden Problematik nichts. Dem Fiskalpakt darf folglich unter keinen Umständen zugestimmt werden. Stattdessen ist eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über kluge wirtschaftspolitische Koordinierung in der Eurozone dringend notwendig. Gerade für Sozialdemokrat_innen tut sich die Chance auf, für ein anderes, ein soziales und ökonomisch vernünftig gestaltetes Europa einzutreten. Dies grenzt nicht an – wie die „WELT“ kürzlich irrtümlicherweise behauptete – „Vaterlandsverrat“ oder beschädigt „deutsche Interessen“, sondern ist Ausdruck tiefster sozialdemokratischer Überzeugung.

Mit solidarischen Grüßen

Der Vorstand der Jusos Nordost